



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/52 - 2. März 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834-39
Fernschreiber 0896890

Bundesinnenminister Schröder und der Jugendschutz	S. 1
Wehler in Indien	S. 3
Der Stalinismus Pankow's	S. 5
Büchsenrede 1957	S. 7

Sie wollen wieder "zensurieren"

FR. Um jeden Zweifel von vornherein auszuschliessen: beim Schriftstück über die verfassungsrechtliche Prüfung des Initiativ-Entwurfs der CDU/CSU-Fraktion zu einem Änderungsgesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit handelt es sich um kein Karnevals-Thema. Ganz im Gegenteil, das Dokument ist natürlich gesiegelt und allen Mitgliedern der Bundestagesausschüsse für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films und des Jugendausschusses zugeleitet worden. Seine Quintessenz ist, dass nach Ansicht des Innenministeriums "keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine zensurartige Prüfung und Zulassung von Filmen zum Zwecke des Jugendschutzes bestehen".

Es soll hier nicht in einzelnen auf die zum Teil recht waghalsigen juristischen Begründungen eingegangen werden, die das Bundesinnenministerium veranlassen, zu diesem Schluss zu kommen. Mit den allgemein gültigen Grundsätzen der Rechtslehre stehen sie jedenfalls auf Kriegsfuss und es ist auch zu fragen, warum der Bundesminister des Inneren sich rechtsgutachtlich äussert, nachdem das in den vergangenen Jahren immer eine Angelegenheit des Bundesministers der Justiz gewesen ist.

Fest stehen dürfte jedoch, dass aus dem Grundgesetz keineswegs eine Freigabe von Filmen mit zensurartigen Methoden abgeleitet werden kann, sondern dass es höchstens nur ein an Jugendliche gerichtetes Verbot für den Besuch bestimmter Filme geben kann, dessen Durchführung einer Entscheidung der Verwaltung obliegt.

Aber abgesehen vom Juristischen zeigt sich auch hier wieder die

2. 3. 1957

politische Gefährlichkeit von Thesen, die schon häufig vom Bundesinnenministerium entwickelt worden sind, wenn es um die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Films ging. Es ist nicht das erste Mal, dass gerade aus diesem Hause Ansichten vertreten worden sind, die auf eine Knebelung der Geistesfreiheit hinausliefen. Wenn es in diesen Tagen des Karnevals für das Innenministerium ein Symbol geben sollte, nur, so könnte man tatsächlich nur den Heulkorb wählen.

Um es ganz klarzustellen: Niemand bei den Sozialdemokraten ist der Auffassung, dass es nicht eines vernünftigen Jugendschutzes bedürfe. Das gilt auch für den Film, denn nicht alle Filme sind geeignet, vor den Augen und Ohren von Jugendlichen abzulaufen. Es wird noch ernsthafter Debatten darüber bedürfen, ob es überhaupt möglich ist, den CDU-Vorstellungen auf diesem Gebiete zu folgen, denn auch diese Fraktion verwechselt offensichtlich Jugendschutz teilweise mit Kuckertum und Brüderie. Hier und heute geht es darum, dass das Innenministerium glaubt, mit Hilfe des Jugendschutzes eine zensurartige Prüfung und Zulassung von Filmen einzuführen. Gerade das aber ist es, was mit den Grundsätzen der Geistesfreiheit nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

Man kann es fast ein Glück nennen, dass die sogenannten Bundesbürgschaften für den Film ausgefallen sind, denn es hat nicht wenige Fälle gegeben, in denen die Bundesbürokratie die Gewährung der Bundesbürgschaft an Auflagen bei der Gestaltung der Drehbücher und der Filme selbst knüpfte. Offensichtlich bedauert man, dass man über dieses Instrument nicht mehr verfügt. Und so verfällt man jetzt auf die Idee, dass man eine zensurartige Prüfung und Zulassung von Filmen unter dem Vorwand rechtlicher Bestimmungen ableiten könnte. Gerade das aber braucht man in der Bundesrepublik am wenigsten. Der heimliche Würgegriff gegen die Geistesfreiheit ist schon ohnehin stark genug. Deshalb sollte man gerade auf diesem Gebiet einen neuen zusätzlichen Druck von vornherein scharf entgegenreten.

+ + +

Veränderungen nicht zu erwarten

I.D. In keinem anderen Land der freien Welt sind von Wahlen so geringe Veränderungen zu erwarten wie in Indien. Zwar sind hier fast 200 Millionen Menschen aufgerufen, ihre Wahl unter den Vertretern von vier nationalen, einigen regional bedingten Parteien und einer Vielzahl von unabhängigen Kandidaten zu treffen. Jedoch lässt das Ergebnis der ersten Parlamentswahlen im Jahre 1951 schon jetzt Schlüsse auf den Ausgang der sich infolge der Unwegsamkeit mancher Gebiete drei Wochen hinsiehender Wahlen zu. Damals, 1951, erhielt Nehrus Kongresspartei 362 von der 489 Parlamentssitzen. Und sie ist auch bei diesen Wahlen die einzige Partei, die in fast allen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen vermag. Ihre Gegner beschränken sich auf sogenannte sichere Sitze. Allerdings haben die drei Oppositions-Parteien - Sozialisten, Kommunisten und Jan Sangh - erkannt, dass sie nur an Nehrus Macht rütteln können, wenn sie sich nicht untereinander bekämpfen. Und auf dieser Grundlage entstanden ungewöhnliche und nur aus der Situation zu erklärende Wahlbündnisse. Trotzdem wird keiner Nehru die absolute Mehrheit streitig machen können. Da gilt noch Gandhis grosses Wort, der Nehru zu seinem 'spirituellen Sohn' erhob.

Bei den ersten Parlamentswahlen forderte Nehru das Vertrauen des Volkes. Heute möchte er seine Zuneigung - so beschreibt ein indischer Journalist Nehrus Wahlkampf - die Zuneigung auf Grund von Massnahmen, die nach Nehru Meilensteine auf dem Weg zum Sozialstaat, darstellen. Doch vorläufig weiss noch keiner in Indien, wie dieser Sozialstaat einmal aussehen wird, "denn Sozialismus ist nicht so starr, dass man ihn genau definieren könnte". Auf dem Lande führte er die Gemeinschaftssiedlungen (Community Projects) ein, die Ersatz für eine Bodenreform sein sollen. Noch allerdings herrschen 2% der Landbevölkerung über 70% des Bodens, noch erhalten ehemalige Maharadschas staatliche Zuwendungen, noch herrscht der Geläverleiher über die ungebildeten Bauern. "Wir wollen alle Menschen mit uns nehmen auf unserem Weg", sagte Nehru, "wir wollen niemanden beiseite stossen". So erklärt sich, dass es bisher keine drastischen Veränderungen gegeben hat.

Gewiss, man hat Staudämme, Reservoirs und Talsperren geschaffen,

2. 3. 1957

um Brachland urbar zu machen und trockenem Land durch künstliche Bewässerung mehr Erträge abzurufen. Doch noch reichen diese Projekte bei weitem nicht aus, um dem armen Bauern aus seiner Notlage, die das Durchschnittseinkommen pro Kopf der bäuerlichen Bevölkerung mit jährlich 140.-- am besten kennzeichnet, zu befreien.

In den Industrien ist die Lage nicht viel besser. Auch hier hat es grosse Zuwendungen gegeben, und es sind viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Aber trotz aller Anstrengungen blieb es zunächst ein Wottlauf mit dem Wachsen dieser riesigen Bevölkerung.

Es mag sein, da die Lage des Einzelnen kaum gebessert ist, dass weniger Wähler zu den Urnen gehen werden. Es mag auch sein, dass sich der Anteil der sozialistischen Stimmen erhöhen wird. Denn die Sozialisten haben ein eindeutig sozialistisches Programm, in dem eine Bodenreform vorrangig genannt wird und die Frage der Besitzbegrenzungen genau geregelt ist. Sie sind der Ansicht, dass man das Volk nicht über seine Zukunft im Unklaren lassen darf, wie das Nehru tut, und sie glauben auch, dass seine Massnahmen nicht ausreichen werden, um wirklich Wandel zu schaffen.

Aber die Sozialisten sind eine junge Partei, die sich erst 1947 von der Kongresspartei trennte. Und es gelang auch Nehru, Verwirrung in ihre Reihen zu tragen. Es gab einige unter ihnen, die in einer Beteiligung an seinen Zielen eine nationale Notwendigkeit sahen und andere, die meinten, dass eine konstruktive Opposition zunächst das Ziel der Sozialisten sein müsse. Denn ausser ihnen gibt es nur noch die Kommunisten, die diese Rolle übernehmen könnten. Allerdings, Nehrus Aussenpolitik hat sie jeder Kritik beraubt, und nur mit Mühe erhalten sie eine eigenständige Politik und bleiben voraussichtlich die drittstärkste unter den nationalen Parteien. Für die Jan Sangh, die einen Staat auf hinduistische Grundregeln gestützt anstrebt und Feudalinteressen vertritt, gibt es im heutigen Indien wenig Enthusiasmus.

So bleibt es den Sozialisten überlassen, einen ehrenvoller zweiten Platz zu erringen und mit einer vorgrösserten Fraktion eine wirksame Kontrolle für die Erhaltung der Demokratie zu übernehmen, die Nehru oftmals versucht ist zu missachten. Man hat ihn in diesem Wahlkampf

zum Vorwurf gemacht, dass er diese einzige wirksame Opposition bekämpfe, obwohl sie allein Garantie für die Erhaltung der Demokratie biete. Aber vielleicht ist für Nehru die sozialistische Partei tatsächlich der einzige ernsthafte Gegner - wenn nicht heute, dann sicher in der Zukunft - wenn das indische Volk ausgesprochen sozialistische Ziele den ungenauen Formulierungen Nehrus vorziehen wird.

+ + +

Wie Tag und Nacht

K.J. Allen Orakelien mancher Fessixisten zum Trotz geht Polen in seiner Innenpolitik weiter den Weg zu einschneidenden Reformen. Was vor Gomułka noch Todsünde wider das Sakrament stalinistischer Doktrin war - heute darf es ungestraft geschehen: die polnischen Bürger dürfen wieder lesen, was sie wollen. Der Warschauer Rundfunk hat offiziell mitgeteilt, dass Tausende von Büchern, die in der Stalin-Ära verboten waren, wieder öffentlich ausgelegt werden dürfen. Die als "Konterrevolutionäre" verdammten Autoren, Nationalisten und Kosmopoliten bringen ihr heimliches Leserpublikum nicht mehr in die Gefängnisse. Sogar der ideologische Erzfeind Moskaus, Leo Protzki, verlässt den Index, und Marschall Pilsudski gilt ab sofort wieder als ein Mann, dem in der Vergangenheit bitteres Unrecht zugefügt worden ist. Das hat es bisher noch in keinem Ostblockstaat gegeben.

Wie trostlos stalinistisch sieht es dagegen heute noch in der Sowjetzone Deutschlands aus! Zwar redet die Bevölkerung hier von Monat zu Monat freier, schwindet die lähmende Angst vor der Allgewalt des Staatssicherheitsdienstes, kommt man wegen des Besitzes "konterrevolutionärer Lektüre" nicht mehr gleich 25 Jahre ins Zuchthaus - mit einer Demokratisierung des Regimes jedoch hat das herzlich wenig zu tun. Pankow ist einfach nicht mehr in der Lage, den Terror alter Tage erfolgreich zu praktizieren: zu viele nucken auf, zu tief ist der Einbruch kritischen und selbständigen Denkens selbst in der Reihen der Parteimitglieder. Während die polnische Regierung klug dem Druck von unten nachgibt und freiwillig so manches Ventil für alle öffnet, nach dem eigentlich nur interessierte Kreise verlangen, tut Pankow das nur im äussersten Not, und auch dann nur begrenzt und voller Vorbehalte. Konzessionen gegenüber der solange verfehten politischen

2. 3. 1957

Literatur gibt es überhaupt nicht, andere sind an den Fingern einer Hand aufzuzählen. Erst jetzt hat man sich das Zugeständnis abgerungen, Karl May nicht mehr als "chauvinistischen Rassenhetzer" anzusprechen und seine Bücher zu tolerieren. Im Kinderbuch-Verlag darf er wieder erscheinen, und die Wallfahrer zum Radebeuler Karl-May-Museum setzen sich erst jetzt nicht mehr dem Verdacht aus, Reaktionäre von Schrot und Korn zu sein.

Solange im SED-Zentralkomitee die Stalinisten regieren, ist nicht daran zu denken, dass die Gedanken von "Links- oder Rechtsabweichern", beispielsweise Trotzki, Kautsky, Bernstein, auch nur einem kleinen Kreise zugänglich gemacht werden. Selbst auf der zentralen Partoischule der SED, von deren Besuchern man vielleicht noch die größte Linientreue erwarten darf, ist Quellenstudium streng verboten: die Schüler hören von den "Klassenfeinden, Renegaten und korrumpierten Subjekten" nur über die verfälschenden Kommentare Stalins und seiner Apologeten, mehr jedenfalls noch als über die Lenins. Auch die in jedem Januar so emphatisch gefeierte Rosa Luxemburg darf nur in wenigen streng ausgewählten Werken auf die politische Literaturbühne Pankows treten. Verlangen die Funktionäre nach Quellenstudium - in der letzten Zeit kommt das häufiger denn je vor - müssen sie sich den Vorwurf einstecken, mit ihrem "Objektivismus" die klare Linie des Marxismus-Leninismus zu gefährden. Erst kürzlich mussten zwei Kursisten die Parteihochschule verlassen, weil sie "klassenfeindliche Literatur" von zu Hause mitgebracht hatten.

Auch in diesem Punkte unterscheidet sich Polen von Pankow heute wie der Tag von der Nacht.

+ + +

Bittenrede 1957

Meine Damen und Herrn !

Reden wir mal von Politik. Wenn der Bundestag so sein buntes Programm - ich meine, sein buntes Tagesprogramm (Bundestagesprogramm) abwickelt, dann sieht man erst, wie verwickelt die einfachsten Dinge sind, - und vor allem wie einfach die verwickeltsten Dinge sind. Bekanntlich wird man Minister dadurch, dass man Wahlreden hält - das andere ergibt sich später. Ich meine über jetzt nicht den Minister Strauß, der beinahe verbrannt wäre, wenn er nicht so viel Mut gehabt hätte. Diesmal ist er also wirklich geflogen, und zwar dienstlich - und dass am gleichen Tag eine Wahlversammlung der CDU in Flensburg war, bei der er plötzlich reden musste, das konnte er doch nicht vorher wissen.

Also, wie war das eigentlich ? Zuerst sind wir abgerüstet worden, damit wir danach wieder aufrüsten können. Und jetzt rüsten wir auf, damit wir nachher wieder abrüsten können, Ja, so gehts immer auf und ab in der Politik, mal rauf, mal runter, wie ne Lawine - und ausserdem kostete Geld, - das ist die Hauptsache - für die Fabriken ist es schlimm, die oft gar nicht wissen, was sie vor lauter Überstung tun sollen, oder sollte es diesmal die Aufrüstung sein ?

Und weil der Atom-Balke jetzt gesagt hat, dass wir die Kernspaltung bald nicht mehr brauchen, weils mit dem Wasserstoff besser geht, deshalb müssen wir noch 10 Kernspaltungsreaktoren bauen, damit wir wenigstens wissen, wie's damit gewesen wäre, wenn die andere Sache nicht erfunden worden wäre. Man kann nie wissen, was richtig ist. In Moskau waren wir für Handelsbesichtigungen mit uns und in Bonn sind wir dagegen. Vorsicht ist die Stiefmutter der Wiedervereinigung.

Aber sie marschiert - mit der Bundeswehr natürlich, zum Schutze unserer Verwandten in der Oetzone. Wenn Sie das noch nicht verstanden haben, dann müssen Sie sich beim Bundespressesamt erkundigen, das weiss sogar, wann die Minister mit ausländischen Zeitungsschreibern reden dürfen. Jetzt sind wir für den Eden-Plan, in Genf waren wir dagegen, weil wir das schon damals gemusst haben. Die Opposition ist daran schuld, da gibts gar keinen Zweifel.

Wir lassen's uns auch was kosten - hundert Millionen - genau weiss

man das erst nach der Wahl. Das letzte Mal waren's bloss 40; Fortschritt muss sein, Fortschritt, keine sehr verärgerten Damen und Herren! Die Ministerien bauen wir in Bonn auch bloss, damit wir sie möglichst bald nach Berlin vorlegen können. Wenn Sie jetzt noch nicht wissen, was Politik ist, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen.

Wenn Sie mich fragen, sagt das Bild-Baby: Ich bin dagegen, d.h. ich bin dafür. In Deutschland ist das nämlich so: Solange gut geht, sind wir dafür; und wenns schief geht, sind wir dagegen. Das ist doch klar, und dann sind wir schon immer dagegen gewesen. Wie kämen wir denn sonst zu einer politischen Meinung? Aber jetzt, wissen Sie, jetzt weiss mans nicht so genau, obs gut geht oder schief. Der Adenauer sagt, niemals sind wir neutral. Und der Strauss sagt: Die Russen sollen nur kommen, dann werden sie ausgeradiert. Aber - wenn der Radiergummi einen langen Strich macht, - meinen Sie, dass wir dann noch da sind? Man kann's nicht wissen. Na oben, sagt der Strauss, vielleicht machen wirs wie die Österreicher und bleiben neutral. Bis zur Bundestagswahl darf er das ja noch sagen. Dann hat die CDU eben beides gemeint, das eine und das andre. Sozusagen die völlige Neutralität in Verbindung mit dem Kampf bis aufs Messer - wenn das nicht zieht! Das ist die Auflösung der Gegensätze in der höheren Einheit des Widerspruchs. Sehen Sie, deswegen ist Politik so schwierig. Wir sind ja für die Wiedervereinigung, natürlich sind wir dafür, das wäre ja noch schöner! Aber sie muss eben von selber kommen, und es wäre noch schöner, ja wirklich viel schöner, wenns nicht soviel Preußen gäbe und ausgerechnet in Mitteldeutschland, mit dem wir uns doch so gerne wiedervereinigen möchten! Da zahlen wir doch lieber noch ein paar hundert Millionen dafür, dass die Einfuhrzölle aus den afrikanischen Kolonien der anderen für uns ungefähr gleich hoch bleiben wie bisher. Das is en Jeschäft, was, meine Damen und Herren? Vereinigen wir uns mit Afrika, das is leichter als die dämliche Wiedervereinigung.

Und die staatliche Kontrolle über die Atomkraft, die kommt jetzt auch. Die haben wir ja schon immer gewollt. Wir haben bloss das Gegenteil in unseren Atomgesetzentwurf eingearbeitet, damit wir jetzt bei den Verhandlungen in Paris was anzubieten hatten, und damit wir unserer Gesetzentwurf jetzt wieder ändern müssen. Da haben die anderen doch och ne Freude dran, das sie uns mal was jutes raten können. Sehen Sie, das is internationale Politik. Denken Sie bloss nich, das mir mal was neues einfällt. Das is in keinem Alter ganz unnötig, und deswegen sage ich immer datselbe. Das geht och, wie Sie sehen. Und deswegen is Politik eigentlich wieder ganz einfach.

+ + +

An unsere Bezieher:

Die nächste Ausgabe unseres Presseudienstes erscheint am Dienstag, den 5. März 1957.- Die Redaktion -

Verantwortlich: Günter Markscheffel